

NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

Sitzungsnummer: JHA/02/2016
Gremium: Jugendhilfeausschuss
Tag: Donnerstag, 25.02.2016
Ort: Sitzungsraum A.201, Rathaus an der Volme
Beginn: 16:00 Uhr
Hinweis:

A. TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil

1. . Feststellung der Tagesordnung
2. . Mitteilungen
3. . Beratung des Haushaltsplanentwurfs 2016/2017 und der HSP-Maßnahmen
2. Lesung
4. . Anfragen nach § 18 der GeschO des Rates



B. SITZUNGSVERLAUF

I. Öffentlicher Teil

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

1. . Feststellung der Tagesordnung

Herr Reinke begrüßt die Anwesenden zur Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses. Er stellt fest, dass es keine Änderungswünsche zur Tagesordnung gibt.

2. . Mitteilungen

Frau Scharlau weist auf einen Flyer hin, in dem zum zweiten Fachtag im Rahmen der Kommunalen Bildungslandschaft am 27.04.2016 eingeladen werde. Veranstaltungsort sei die Jugendherberge Hagen in der Eppenhauser Straße 65A in Hagen.

3. . Beratung des Haushaltsplanentwurfs 2016/2017 und der HSP-Maßnahmen 2. Lesung

Herr Reinke merkt an, dass man sich bereits in der letzten Sitzung intensiv mit diesem Thema auseinandergesetzt habe. Er begrüßt Frau Reimann vom Fachbereich Finanzen und Controlling. Er fragt, ob es zum Haushaltsplanentwurf noch Fragen gebe. Er weist auf eine Tischvorlage zum Thema „Aufwandsentschädigung für Mitglieder des Gesamtstädtischen Jugendrates“ hin. Man habe das Anliegen des Jugendrates positiv unterstützt und die Verwaltung beauftragt, Lösungen im Rahmen der Haushaltsplanberatungen zu finden.

Frau Kaufmann zitiert aus der Stellungnahme im Hinblick auf den Umgang mit freiwilligen Leistungen (**siehe Anlage zu TOP 3**). Man habe leider keine Lösung gefunden und im Verwaltungsvorstand sei die Maßnahme abgelehnt worden.

Herr Reinke macht deutlich, dass man das im Ausschuss politisch beschlossen habe und man darum bis zum gestrigen Tage darum gerungen habe, eine Lösung zu finden. Leider habe der Fachbereich Jugend und Soziales in seinem Bereich keine Kompensationsmöglichkeit gefunden. Er schlage daher vor, diese Tatsache so zur Kenntnis zu nehmen und festzuhalten, dass man für das Anliegen der Jugendräte leider keine Lösung habe.



Herr Sondermeyer kann die Aussage in der Stellungnahme nicht nachvollziehen, dass der Jugendhilfeausschuss einen Vorschlag machen müsse, an welcher anderen Stelle im Haushaltsplan eine Einsparung erfolgen solle.

Herr Goldbach macht deutlich, dass in dem Bereich keine Einsparung zu realisieren sei.

Frau Scharlau stellt die Frage in den Raum, ob es eine Lösung sein könne, wenn Ausschussmitglieder auf ein Teil ihres Sitzungsgeldes verzichten würden. Sie persönlich sei dazu bereit.

Herr Reinke merkt an, dass es solche Vorschläge in der Vergangenheit bereits gegeben habe. Realistisch betrachtet sei die Umsetzung wenig aussichtsreich.

Herr Reinke stellt den Beschlussvorschlag zum Haushaltsplanentwurf 2016/2017 zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss stimmt dem Haushaltsplanentwurf 2016/2017 zu.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
SPD	1		
CDU	3		
Die Linke		1	
In der Jugendhilfe erfahrene Mitglieder	3		
Vertreter Jugend- und Wohlfahrtsverbände	2		

Mit Mehrheit beschlossen

Dafür: 9
Dagegen: 1
Enthaltungen: 0



Herr Reinke leitet über zu den 5 HSP-Maßnahmen, über die der Jugendhilfeausschuss beschließen müsse.

Er fragt, ob es zu den Maßnahmen noch Beratungsbedarf gebe.

Da das nicht der Fall ist, stellt er die Maßnahmen zur Abstimmung.

1. Abstimmung über Maßnahme 16_55.002 – Änderung der Elternbeitragssatzungen für Tageseinrichtungen für Kinder, Kita und Tagespflege, 2%ige jährliche Anpassung (Ertragssteigerung im Bereich Tagespflege)

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss stimmt der Änderung der Elternbeitragssatzung für Tageseinrichtungen für Kinder, Kita und Tagespflege mit einer 2%igen jährlichen Anpassung zu.

Abstimmungsergebnis:

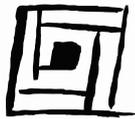
	Ja	Nein	Enthaltung
SPD		1	
CDU	2		1
Die Linke		1	
In der Jugendhilfe erfahrene Mitglieder	2	1	
Vertreter Jugend- und Wohlfahrtsverbände			2

Mit Mehrheit beschlossen

Dafür: 4

Dagegen: 3

Enthaltungen: 3



2. Abstimmung über Maßnahme 16_55.003 – Änderung der Elternbeitragssatzungen für Tageseinrichtungen für Kinder, Kita und Tagespflege, 2%ige jährliche Anpassung (Ertragssteigerung im Bereich Tageseinrichtung)

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss stimmt der Anhebung der Elternbeitragssatzung für Tageseinrichtungen für Kinder, Kita und Tagespflege mit einer 2%igen jährlichen Anpassung zu.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
SPD		1	
CDU	2		1
Die Linke		1	
In der Jugendhilfe erfahrene Mitglieder	2	1	
Vertreter Jugend- und Wohlfahrtsverbände			2

Mit Mehrheit beschlossen

Dafür: 4

Dagegen: 3

Enthaltungen: 3



3. Abstimmung über Maßnahme 16_55.007 – Änderung Elternbeitragssatzung Tagespflege, Geschwisterkindregelung 50%

Herr Goldbach erläutert, dass es bei dieser Maßnahme um die Trennung des OGS- und Tagespflegesystems gehe. Es handele sich um einen 50%igen Beitrag für den Fall, dass ein Kind in der OGS und ein Kind in der Tagespflege sei. Wenn beide Kinder im Kita-System seien, bliebe die Kostenfreiheit bestehen.

Herr Reinke dankt für den Hinweis.

Er stellt die Maßnahme zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss stimmt der Änderung der Elternbeitragssatzung Tagespflege unter Heranziehung der Geschwisterkinder zu 50% zu.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
SPD		1	
CDU	2	1	
Die Linke		1	
In der Jugendhilfe erfahrene Mitglieder		3	
Vertreter Jugend- und Wohlfahrtsverbände		2	

Mit Mehrheit abgelehnt

Dafür: 2

Dagegen: 8

Enthaltungen: 0



4. Abstimmung über Maßnahme 16_55.008 – Änderung Elternbeitragssatzung Kita, Geschwisterkindregelung 50%

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss stimmt der Änderung der Elternbeitragssatzung Kita unter Heranziehung der Geschwisterkinder zu 50% zu.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
SPD		1	
CDU	2	1	
Die Linke		1	
In der Jugendhilfe erfahrene Mitglieder		3	
Vertreter Jugend- und Wohlfahrtsverbände		2	

Mit Mehrheit abgelehnt

Dafür: 2
Dagegen: 8
Enthaltungen: 0

5. Abstimmung über Maßnahme 16_55.009 – Hilfen zur Erziehung, ambulante Hilfen selbst anbieten

Frau Timm-Bergs möchte wissen, ob die Stadt über genügend Personalressourcen verfügt und ob der genannte Einsparbetrag von 120.000 € realistisch sei.

Herr Goldbach macht deutlich, dass das mit dem vorhandenen Personal nicht zu stemmen sei, sondern fünf weitere Stellen für Sozialarbeiter dafür eingerichtet würden. Die Summe beziehe sich auf die Einsparung nach Abzug der Personalkosten.



Man wolle nicht in Konkurrenz zu den Trägern auftreten, sondern eine Entwicklung fortsetzen. Er beschreibe die angestrebten Ziele. Man werde mit Hilfe eines Controlling die Dinge im Auge behalten, um zu belegen, ob man erfolgreich sei.

Frau Kaufmann ergänzt, dass man mit diesem Ansatz versuchen wolle, Erziehungskonzepte über die neuen Mitarbeiter mit Hilfe von Multiplikatoreffekten an die Familien weiterzugeben. Man halte das für einen wichtigen Schritt, um den Allgemeinen Sozialen Dienst diesbezüglich noch weiter einbinden zu können.

Herr Koslowski kann sich nicht vorstellen, wie bei der Maßnahme ein Betrag in Höhe von 120.000 € eingespart werden könne.

Herr Goldbach erklärt, dass die Einsparung im Personalkostenbereich unerheblich sei. Es gehe dabei um die kurzen Wege zwischen den Mitarbeitern und ihren Teams im ASD. Aus der ASD-Beratung heraus könne die Hilfe bereits zur Vermeidung von weitergehenden erzieherischen Hilfen angeboten werden. Das Segment, in dem man zurzeit noch Dritte beauftragen müsse, würde dann durch die städtischen Mitarbeiter wahrgenommen. Da sehe man das Konsolidierungsdelta.

Herr Reinke kündigt an, dass man diesen ehrgeizigen Prozess hier im Ausschuss begleiten werde.

Frau Hamann macht deutlich, dass sie das dargestellte Fachkonzept sehr gut nachvollziehen könne. Sie befürchte jedoch Auswirkungen auf die Auftragslage der Träger. Sie begründet ihren Standpunkt.

Herr Koslowski weist darauf hin, dass dann der Kostenträger gleichzeitig den Hilfebedarf einschätze und auch anbiete. Diese Konstellation halte er unter Umständen für nicht ganz ungefährlich.

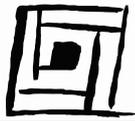
Herr Goldbach betont, dass das der Allgemeinzustand sei. Das sei die Aufgabe des Jugendamtes. Das Wohl des Kindes stünde immer im Vordergrund.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss stimmt der Maßnahme 16_55.009 – Hilfen zur Erziehung, ambulante Hilfe selbst anbieten - zu.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
SPD	1		
CDU	3		
Die Linke			1
In der Jugendhilfe erfahrene Mitglieder	3		
Vertreter Jugend- und Wohlfahrtsverbände	1	1	



Mit Mehrheit beschlossen

Dafür: 8

Dagegen: 1

Enthaltungen: 1

4. . Anfragen nach § 18 der GeschO des Rates

keine

Ende des öffentlichen Teiles: 17.35 Uhr

gez. Detlef Reinke
Vorsitzender

gez. Sabine Hogrebe
Schriftführerin